



NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/02/2014
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Mittwoch, 26.03.2014
Ort: Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme
Beginn: 16:00 Uhr
Hinweis:

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Verabschiedung des Ersten Beigeordneten Herrn Dr. Schmidt
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Mitteilungen
4. Anliegen der Jugendräte
5. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen
- Referentenentwurf KiBiz-Revision
6. Inklusion in den Hagener Kindertageseinrichtungen
Vorlage: 0343/2014
7. Bericht über das Beratungszentrum Rat am Ring
8. Anfrage der CDU-Fraktion gem. § 5 Abs. 1 der GeschO des Rates
Hier: Hilfen zur Erziehung
9. Vorschlag zur Tagesordnung der CDU-Fraktion gem. § 6 Abs. 1 der GeschO
des Rates
Hier: Kinderschutz / Frühe Hilfen
10. Vorschlag zur Tagesordnung der CDU-Fraktion gem. § 6 Abs. 1 der GeschO
des Rates
Hier: Arbeitskreis "Cybermobbing"
11. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Verabschiedung des Ersten Beigeordneten Herrn Dr. Schmidt

Herr Strüwer äußert sein Bedauern, dass Herr Dr. Schmidt seinen Dienst bei der Stadt Hagen beendet. Er stellt die zeitlichen Abläufe seines Berufslebens dar. Er bedankt sich im Namen des Jugendhilfeausschusses für die angenehme Zusammenarbeit und wünscht Ihm alles Gute für den bevorstehenden Ruhestand.

2. Feststellung der Tagesordnung

In Bezug auf die Tagesordnung gibt es keine Änderungswünsche.

3. Mitteilungen

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach berichtet über eine Zusammenkunft mit dem Jugendring, in der man über das Prozedere über die Förderung der Jugendverbände im nächsten Jugendförderplan gesprochen habe. Man sei sich darüber einig, dass man die Veränderungen in der Förderstruktur im Herbst vorstellen wolle.

Weiterhin nimmt er Bezug auf das in der letzten Sitzung angesprochene „Aufsichtsgespräch“, das man zum Thema „Finanzierung der Schulsozialarbeit aus dem Bildungs- und Teilhabepaket“ mit dem Ministerium geführt habe. Mittlerweile sei der Bericht an das Parlament erschienen. Wie angedroht sei die Stadt Hagen auf der „schwarzen Liste“. Das Thema „Schulsozialarbeit“ sei auch Thema auf der Tagung der Jugendämter in NRW gewesen. Er habe nicht den Eindruck gehabt, dass große Hoffnung bestehe, dass das Land in die Förderung einsteige. Auf Bochumer Initiative sei ein Arbeitskreis auf Amtsleiterebene dazu gebildet worden. In diesem werde er mitarbeiten und zeitnah über die Aktivitäten berichten.

Herr Strüwer nimmt Bezug auf die beiden angesprochenen Punkte.



In Bezug auf die Strukturförderung in der Offenen Jugendarbeit teilt er mit, dass diese auch im Zusammenhang mit dem Jugendförderplan Beratungsgegenstand beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe sei. Gefordert werde allgemein, dass es weniger Einschränkungen bei der Strukturförderung geben solle. Das könne man sicher mit in die Gespräche beim Ministerium mitnehmen. Das sei ein eindeutiger Tenor.

Der Druck auf das Land bezüglich der Schulsozialarbeit werde sicher zukünftig größer werden. Es sei traurig, dass ein so gutes Projekt so abrupt beendet worden sei.

4. Anliegen der Jugendräte

Herr Strüwer erinnert an die Bitte der Vertreterinnen aus dem Jugendrat in der letzten Sitzung, zu überlegen, was der Jugendhilfeausschuss tun könne, um junge Leute für die Arbeit in den Jugendräte zu interessieren.

Herr Fischer berichtet über die ersten Schritte, die in diese Richtung gemacht worden seien.

Herr Koslowski regt an, die Schülervertretungen der Schulen mit in die Wahlen einzubinden.

Frau Zejewski berichtet, dass man das in der Vergangenheit schon gemacht habe. Die Resonanz sei jedoch leider nicht sehr groß gewesen. Es habe auch Schulen gegeben, bei denen kein Kontakt zustande gekommen sei. Man habe den Eindruck gehabt, dass die Schulleitungen kein Interesse an einer Zusammenarbeit gehabt hätten.

Frau Zejewski und Frau Haxhnikaj berichten über weitere Anliegen der Jugendräte.

5. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen - Referentenentwurf KiBiz-Revision

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Haack berichtet zum Abschluss des Anmeldeverfahrens (siehe Anlagen 1 und 3 zu TOP 5).

Herr Strüwer möchte wissen, ob die Zahl der Plätze, die nicht belegt seien, vergleichbar sei mit der Zahl in den vergangenen Jahren.

Frau Haack antwortet, dass das regelmäßig der Fall sei. Die Belegung der Plätze



ziehe sich bis zu den Sommerferien hin.

Herr Strüwer möchte wissen, ob die Betroffenen, die sich nicht zeitnah um einen Kindergartenplatz bemühten, auch damit rechnen könnten, einen Platz in ihrem Stadtbezirk zu bekommen. In welchen Stadtteilen gebe es diese große Zahl von betroffenen Eltern, die sich möglicherweise bisher noch nicht gemeldet hätten?

Frau Haack antwortet, dass sich die freien Plätze ziemlich regelmäßig über das Stadtgebiet verteilen mit Ausnahme der Stadtteile Eilpe/Dahl und Boele. Dort sei im Moment jeder Platz belegt. In Notfällen gebe es jedoch immer noch gewisse Spielräume.

Herr Strüwer möchte wissen, ob die ganzen neuen Einrichtungen, die man bis zum Jahresende plane, bei der Anmeldung berücksichtigt seien.

Frau Haack bestätigt, dass diese alle mit berücksichtigt worden seien. Die Eltern seien über die Eröffnungstermine informiert worden.

Herr Schurgacz möchte wissen, ob dem Fachbereich bekannt sei, dass es Träger gebe, die mit Eltern Betreuungsverträge für Kinder unter 3 Jahren nur für die Dauer eines Jahres abschließen. Wenn diese Eltern nach einem Jahr ein dreijähriges Kind hätten, hätten sie kaum noch eine Chance, für dieses Kind einen Kitaplatz zu bekommen, weil die Kindergärten in der Regel dann voll belegt seien. Aufgrund der gesetzlichen Vorgabe, dass immer eine bestimmte Anzahl von Unter-3-Jährigen aufgenommen werden müssten, blockiere das andere Plätze. Sei dieses Problem in Hagen bekannt?

Frau Versteeg-Schulte und Herr Goldbach beantworten die Frage. Das sei in den letzten Wochen und Monaten auch Thema in der Presse gewesen. Die Verwaltung tue alles, um genau dieses Problem zu vermeiden. Die Problematik sei bereits in der letzten Sitzung angesprochen worden. Ihnen seien jedoch keine Fälle dieser Art in Hagen bekannt.

Herr Strüwer weist darauf hin, dass dies ein wichtiger Punkt für jedes einzelne Ausschussmitglied sei. Wenn man von entsprechenden Vertragsabschlüssen höre, bäte er, die Verwaltung darauf anzusprechen, um nach einer Lösung zu suchen.

Frau Hamann weist darauf hin, dass kein Träger und keine Einrichtung von sich aus so handeln wollten. Das sei beim letzten Mal ein Konsens in der Arbeitsgemeinschaft 3 gewesen. Das Risiko, dass das eine solche Entwicklung nehmen könne, sei vom Landesjugendamt gekommen. Das Problem liege in dem Finanzierungskonzept des KiBiz. Man habe die zuständige Ministerin bei ihrem Besuch in Hagen darauf hingewiesen. Nach Meinung der Träger müsse man zwingend zu einer anderen Finanzierung kommen.

Herr Schurgacz merkt an, dass man bereits vor Jahren davor gewarnt habe, zu viele U-3-Plätze in den kleinen Einrichtungen zu schaffen.

Frau Schärer weist auf die Möglichkeit einer Sondergenehmigung hin, wenn kein U-



3-Kind diesen Platz beanspruche.

Frau Haack erläutert die bestehenden Voraussetzungen für diese Sondergenehmigung.

Herr Strüwer schließt den ersten Teil des Tagesordnungspunktes ab und leitet zum zweiten Teil über.

Herr Goldbach und Frau Versteeg-Schulte stellen den Referentenentwurf KiBiz-Revision vor (**siehe Anlage 2 zu TOP 5**).

Herr Goldbach schlägt vor, die Kriterien für die Verteilung der Gelder in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses im Mai vorzulegen. Man könne diese vorher in der Arbeitsgemeinschaft 3 abstimmen. Dann könnte die Zuteilung der Gelder nach der Kommunalwahl im neu gebildeten Ausschuss nach diesen Kriterien erfolgen.

Frau Hamann betont, dass in diesem Zusammenhang mehr Geld nach Hagen käme. Das Ministerium habe geäußert, dass nicht die Ausstattung und die Struktur der Kindertageseinrichtungen besser ausgestattet werden sollten, sondern das Ganze in eine Qualitätsförderung gehen solle. Vergleichbar mit der Entwicklung in der Kinder- und Jugendarbeit werde über viele Jahre versäumt, den Standard und die Struktur angemessen zu finanzieren. Man wolle jetzt quasi in eine Art der Projektförderung gehen. Diese käme ja dann auch nicht in jeder Kindertageseinrichtung zum Tragen. Auch der befristete Zeitraum von fünf Jahren sei nicht günstig. Darüber mache man sich Sorgen. Das sei kritisch anzumerken. Sie hätte sich gewünscht, dass die Finanzierung und Auskömmlichkeit der Kindertageseinrichtungen insgesamt gestärkt würden.

Herr Strüwer ist dankbar für den kritischen Hinweis aus Sicht der Verbände und Träger von Kindertageseinrichtungen. Er möchte von der Verwaltung wissen, mit wie viel Geld man zu rechnen habe, wenn es um Einrichtungen mit Kindern mit besonderem Unterstützungsbedarf gehe. Wenn man genauer hinschaue, relativiere sich ein scheinbar hoher Betrag recht schnell. Auf der anderen Seite seien die Kitapauschalen aus Sicht der Träger nicht mehr auskömmlich. Das zeige sich daran, dass eventuelle Lohnerhöhungen bereits zu Senkungen des personellen Standards führen könnten. Er sei der Meinung, dass es bei der Beurteilung der Revision zu Nachbesserungen kommen müsse.

Herr Fischer hebt hervor, dass von den Lohnsteigerungen sowohl die Träger als auch die Kommune betroffen seien. Daher müssten alle an einem Strang ziehen.

Herr Goldbach bestätigt, dass die Kommune immer mit in der Finanzierung sei, egal bei welcher prozentualen Steigerung. Viele Dinge seien bei der Revision nicht berücksichtigt worden. Die Frage von Herrn Strüwer nach der Höhe der zu erwartenden Gelder könne er nicht beantworten, weil er den Verteilschlüssel und die Verteilmasse nicht kenne. Die Erwartungshaltung gehe in die Richtung, dass Hagen überdurchschnittlich profitiere. Insgesamt werde das in den problematischen Sozialräumen helfen.



Herr Strüwer resumiert über die Folgen, die im Zusammenhang mit der Revision auf die Stadt Hagen zukommen.

Herr Schurgacz unterstreicht die Aussage von Frau Hamann. Die KiBiz-Revision sei notwendig, aber so, wie sie jetzt umgesetzt werden solle, sei sie mehr als halbherzig. Frühkindliche Bildung koste nun einmal Geld. Ein Problem sehe er auch in der Begrenzung der Rücklagen. Das mache keinen Sinn, da die Bildung von Rücklagen für Instandhaltungen notwendig sei.

Herr Goldbach beantwortet eine Frage zu der geplanten Veränderung bezüglich der Bildung von Rücklagen.

Herr Strüwer zieht das Fazit, dass das eine wichtige Diskussion gewesen sei. Deutlich sei geworden, dass es immer schwieriger werde, eine Kindertageseinrichtung auskömmlich und in der gewünschten Qualität zu betreiben.

6. Inklusion in den Hagener Kindertageseinrichtungen Vorlage: 0343/2014

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Dr. Schmidt erläutert die Vorlage und weist ausdrücklich auf die Konnexitätsrelevanz hin. Wenn von Seiten des Landes die Forderung nach Inklusion bestehe, sollte das Land auch die Kosten dafür übernehmen.

Herr Strüwer berichtet, dass es in diesem Zusammenhang derzeit Verhandlungen zwischen Vertretern der Kommunen mit der Landesregierung gebe.

Herr Dr. Schmidt merkt an, dass diese gescheitert seien.

Herr Strüwer ist der Meinung, dass für eine gelungene Inklusion die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden müssten.

Frau Hamann ist auch dieser Meinung. Der Bund habe sich keine Gedanken darüber gemacht, dass ein solch gigantischer Umbau von Strukturen Geld koste. Das Integrationskonzept könne nicht umgesetzt werden, solange die Frage der Finanzierung nicht geklärt sei. Sie hätten im Mai eine Veranstaltung in ihrem Hause, zu der man unter anderem die beiden Bundestagsabgeordneten aus Hagen eingeladen hätte. Man wolle bewusst machen, dass Inklusion Gemeinschaftsaufgabe sei. Das Thema Konnexität müsse auf Bundesebene endlich mal verbindlich geklärt werden.

Herr Strüwer schlägt vor, dass Thema erneut im Jugendhilfeausschuss perspektivisch zu thematisieren.



Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt das Finanzkonzept der ersten Umbaustufe zur sozialräumlichen Verlagerung der heilpädagogischen Betreuungsplätze zur Kenntnis.

Zur Kenntnis genommen

7. Bericht über das Beratungszentrum Rat am Ring

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Steinkamp und Frau Hüdepohl-Korthals berichten über das Beratungszentrum Rat Am Ring (**siehe Anlage zu TOP 7**).

Frau Burghardt zeigt sich begeistert von dem beeindruckenden Bericht. Ihr gefalle der neue Name ausgesprochen gut. Sie fände es allerdings skandalös, dass es keinen städtischen Etat für Supervision gebe. Das sei zu bemängeln.

Herr Strüwer stellt fest, dass es den Vertretern des Rates am Ring gut gelungen sei, die Zahlen aus dem Geschäftsbericht mit Leben zu erfüllen und die Gesamtausrichtung des Beratungszentrums deutlich zu machen. Man habe gemerkt, mit welcher Empathie dort gearbeitet werde.

Er bedankt sich für den anschaulichen Vortrag und wünscht weiterhin viel Erfolg für die Arbeit.

**8. Anfrage der CDU-Fraktion gem. § 5 Abs. 1 der GeschO des Rates
Hier: Hilfen zur Erziehung**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Reinke erläutert die Anfrage seiner Fraktion. Er bittet außerdem um Aufklärung, was es mit der Ausschreibung zur Evaluierung der Hilfen zur Erziehung auf sich habe, die er vor kurzem gesehen habe. Seien dort unterschiedliche Dinge auf dem Weg?



Herr Goldbach bestätigt, dass es sich tatsächlich um zwei unterschiedliche Bausteine handele. Die Ausschreibung beziehe sich auf eine externe Evaluation der Frühen Hilfen, die aus Bundesmitteln und kommunalen Mitteln finanziert werde. Die Anfrage der CDU-Fraktion beziehe sich auf die Hilfen zur Erziehung.

Herr Goebels erläutert die Antwort, die in Form einer Tischvorlage ausgelegt ist (**siehe Anlage zu TOP 8**). Man habe sich seinerzeit darauf verständigt, im Jugendhilfeausschuss in diesem Jahr über dieses Thema zu berichten. Er schlägt vor, diesen Bericht nach den Sommerferien im Jugendhilfeausschuss vorzustellen.

Herr Reinke ist damit einverstanden.

9. Vorschlag zur Tagesordnung der CDU-Fraktion gem. § 6 Abs. 1 der GeschO des Rates
Hier: Kinderschutz / Frühe Hilfen

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Reinke erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Herr Goldbach schlägt vor, den vorbereiteten Vortrag dem Protokoll beizufügen (**siehe Anlage zu TOP 9**) und diesen ggf. in der nächsten Sitzung ausführlich vorzustellen. Dann könne Frau Thiede jetzt schwerpunktmäßig auf die gestellten Fragen zu den Familienzentren und den Frühen Hilfen eingehen.

Frau Thiede kommt dieser Bitte nach.

Herr Strüwer stellt fest, dass das ein guter Schritt sei, um deutlich zu machen, dass man auch langfristig erfolgreicher sein werde, wenn man präventiv arbeite. Er schließe sich dem Wunsch von Herrn Koslowski an, den Begriff des „Kümmerers“ kurzfristig aus der Welt zu schaffen.

Frau Klos-Eckermann bedankt sich für den Bericht.

Herr Strüwer macht deutlich, dass es wichtig sei, dass dieses Projekt zum Erfolg geführt werde. Man habe lange dafür gekämpft.



10. **Vorschlag zur Tagesordnung der CDU-Fraktion gem. § 6 Abs. 1 der GeschO des Rates**
Hier: Arbeitskreis "Cybermobbing"

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Reinke erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Er gibt den Hinweis an die in dem Bereich tätigen Akteure, dass für den Fall, dass dort Unterstützung benötigt würde, dieses im Jugendhilfeausschuss besprochen werden sollte.

11. **Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates**

keine

Ende des öffentlichen Teiles: 18.40 Uhr

gez. Willi Strüwer
Vorsitzender

gez. Sabine Hogrebe
Schriftführerin